



## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **KLEIN – ABER FEIN UND STARK DIE LANDESGRUPPE IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN**

Das war schon ein sehr großer Erfolg im Jahr 2013. Durch das gute SPD-Ergebnis bei den Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein wuchs unsere Landesgruppe um 50 Prozent von sechs auf neun Abgeordnete. Nur das kleine Saarland konnte einen ähnlichen Zuwachs verzeichnen. Mit neun Mitgliedern waren wir gewiss nicht die größte Landesgruppe (das war, ist und wird auch in Zukunft immer die aus NRW sein), aber wir gehörten bestimmt zu den aktivsten und auch den besonders verlässlichen.

Sitzfleisch bei den Fraktionssitzungen und in den Gremien der Partei ist sicherlich nicht für sich genommen schon ein Wert, aber wenn sich Anwesenheit mit Aufmerksamkeit und mit konzentrierter und aktiver Mitarbeit verbindet, ist der Gewinn für die gemeinsame politische Arbeit da. Und erst recht, wenn zur Ausdauer und Präsenz noch die Kompetenz dazu kommt.

*Fortsetzung auf Seite 2...*

#### **INHALT DIESER AUSGABE:**

- Verhinderung der Autobahnprivatisierung (S. 3)
- Zukunft Rente (S. 4f)
- Ehe für alle (S. 5f)
- Nationale Bildungsallianz (S. 6f)
- Klimaschutz nach G20 (S. 8)
- Zuhören und Handeln (S. 8f)
- Eine Frage der Mehrheitsverhältnisse (S. 10f)
- Quo vadis Deutschland? (S. 11f)
- Gute Arbeit ist mehr als eine Parole! (S. 12f)
- Deutsch-Dänische Zusammenarbeit (S. 13f)
- Franz Thönnies zum Abschied (S. 14f)
- Rückschau und Ausblick: Was wurde erreicht? Was sind die Ziele der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten? (S. 16ff)
- Verabschiedung von Franz Thönnies (S. 26)
- Impressum (S. 26)





## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **KLEIN – ABER FEIN UND STARK DIE LANDESGRUPPE IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN**

*...Fortsetzung von Seite 1*

Für die Landesgruppe ist diese Kompetenz durch die Fraktion in bemerkenswerter Weise anerkannt worden, was sich auch darin dokumentiert, dass immerhin drei von neun Mitgliedern der Landesgruppe in den Fraktionsvorstand gewählt worden sind. Drei der neun Mitglieder sind Fachsprecher in wichtigen Bereichen über die vier letzten Jahre gewesen, nämlich für Bildung und Forschung, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und für Tourismus. Die Landesgruppe hat zwei Ausschussvorsitzende gestellt, nämlich mit Hans-Peter Bartels den Vorsitzenden im Verteidigungsausschuss, der dann zur Mitte der Legislaturperiode als erster Schleswig-Holsteiner überhaupt zum Wehrbeauftragten berufen worden ist, und Bettina Hagedorn als Vorsitzende des wichtigen Rechnungsprüfungsausschusses. Nicht zu vergessen ist schließlich das besondere Engagement von Franz Thönnies, der in seiner überaus erfolgreichen Arbeit als Parlamentarischer Staatssekretär und Abgeordneter zum Schluss seiner Laufbahn als stellvertretender außenpolitischer Sprecher der Fraktion noch einen besonderen Akzent gesetzt hat. Franz hat sich als „Mister Ostsee“ des Bundestages und Vorsitzender der Ostsee-Parlamentariergruppe einen weit über die Fraktion hinaus bekannten Namen gemacht und in vielen wichtigen Funktionen auch außerhalb des Bundestages gewirkt.

Wer klein ist, muss kooperativ sein. Wir Schleswig-Holsteiner haben diesen klugen Grundsatz nicht nur in der eigenen Landesgruppe, sondern auch in der Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen SPD-Abgeordneten tief verinnerlicht. Wir sind in der Leitung der Küstengang aus den fünf norddeutschen Ländern vertreten gewesen. Wir waren auch mehrfach vor Ort mit Veranstaltungen bzw. waren wir Ziel der Sommerreisen dieser SPD-Küstenlobby.

Wie wichtig hier auch die inhaltliche Arbeit immer wieder gewesen ist, dokumentiert sich nicht nur im Einsatz für die Traditionsschiffe, der wesentlich von Schleswig-Holstein aus angeführt wurde und im Werben für die Allianz für Meeresforschung, sondern auch im Eintreten und Durchsetzen von besseren Konzepten in der Energieversorgung. Bei der Novellierung der Planungen und Gesetze für die Windenergie zu Land wie im Wasser

haben wir als Parlamentarier in enger Zusammenarbeit mit unserer Landesregierung ein starkes Wort mitgeteilt und klar Position bezogen. Das gilt im Übrigen auch für das rigorose Eingrenzen von Fracking und den Einsatz für eine ablehnende Position der Bundesregierung zu Glyphosat. Erinnern dürfen wir von der Landesgruppe auch an andere Großthemen dieser Wahlperiode wie beispielsweise die Änderungen beim Grundgesetz. Das Aufbrechen des Kooperationsverbotes pro Bildung ist nicht zuletzt aus der SPD-Riege unseres Landes immer wieder angemahnt und durchgekämpft worden. Und die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Privatisierungsbremsen bei der Infrastrukturgesellschaft für die Autobahnen wären ohne den beharrlichen, klugen Einsatz unserer Berichterstatterin Bettina Hagedorn, die hier für die Fraktion die Führungsrolle innehatte, nicht möglich geworden. Das sind große Erfolge für eine kleine Truppe.

Dafür einen großen Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Wir haben aus unseren kleinen Kräften wirklich viel gemacht. Und ein neuerliches Dankeschön an dieser Stelle auch an die gute Zusammenarbeit mit der Küstenkoalition, mit der wir die Legislaturperiode hindurch immer im besten Austausch standen, sei es in Berlin oder in Kiel. Die morgendlichen Frühstücksrunden bei Rührei und Krabben in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung mit den Ministern und Staatssekretären bleiben uns in bester Erinnerung, nicht zuletzt auch durch die ebenso aufmerksame wie kompetente Begleitung aller Themen durch Staatssekretär Ralph Müller-Beck und die Bevollmächtigte Rosi Schönegg-Vornehm. Tempi passati. Das ist nun mit der Ablösung der Küstenkoalition durch ein Jamaika-Bündnis erst einmal beendet. Aber alle dürfen wissen: Wir wollen in der neuen Legislatur nicht nur mit mindestens gleicher Stärke wie jetzt in Berlin das Land und seine Wahlkreise vertreten, sondern auch alles dafür tun, dass Schleswig-Holstein in Zukunft auch wieder eine bessere, SPD-geführte Landesregierung bekommt. Das bleibt das Ziel. Dafür arbeiten wir. Watt mutt, datt mutt.

**Mit herzlichen Grüßen  
Ernst Dieter Rossmann  
Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein  
in der SPD-Bundestagsfraktion**



## **AUTOBAHNPRIVATISIERUNG? – NEIN, DANKE!**

**Von Bettina Hagedorn MdB**

Nach intensiven Verhandlungen über die Autobahngesellschaft, die ich als zuständige SPD-Haushälterin für Verkehr geführt habe, hat am 1. Juni der Deutsche Bundestag mit 455 Ja-Stimmen den von mir und meinem CDU-Kollegen Norbert Brackmann verhandelten Änderungsantrag angenommen und damit die drohende Privatisierung der Autobahnen verhindert. Gemeinsam haben wir den Regierungsentwurf von Finanzminister Schäuble und Verkehrsminister Dobrindt damit um 180 Grad gedreht. Ein großartiger Erfolg!

Um das zu schaffen, hat die SPD die schon für Mai vorgesehene Beschlussfassung in 2./3. Lesung im Bundestag blockiert, um sich bei strittigen Grundgesetzänderungen durchsetzen zu können. Das hat sich gelohnt: Das Verbot von funktionaler Privatisierung bei Teil-Netz-ÖPP (ÖPP steht für öffentlich-private Partnerschaft) kommt ins Grundgesetz. Grundgesetzlich schließen wir auch eine unmittelbare und mittelbare Beteiligung von Privaten an der neu zu gründenden Autobahngesellschaft und ihrer regionalen Tochtergesellschaften aus. Das sind nach Auffassung der SPD-Gutachter von der öffentlichen Anhörung am 27. März 2017, Prof. Dr. Georg Hermes und dem Bundesrechnungshof, die beiden wichtigsten Grundgesetzänderungen, ohne die wir das Paket hätten platzen lassen. Damit errichten wir im Gesetz – und auch im Grundgesetz – Schranken, wo es vorher keine gab. Die beiden Grundgesetzänderungen sind deshalb so wichtig, da jetzt die Privatisierungsbremsen im einfachen Gesetz nicht mehr von neuen und anderen politischen Mehrheiten gekippt werden können. Künftig wird jeder Privatisierungsversuch an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit scheitern.

In Zukunft wird eine Autobahngesellschaft für den Bund die Planung und den Bau von Autobahnen überneh-

men, was bisher in der Zuständigkeit der Länder lag. Für die ca. 11.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen der Länder, die in den nächsten Jahren vermutlich überwiegend zum Bund wechseln werden, hat die SPD ebenfalls massive Verbesserungen in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Personalräten vorgenommen, indem erstmalig die Pflicht zu Tarifverträgen und die Einbindung von Personalräten und Gewerkschaften gesetzlich gesichert wurde. Wir haben die Kontrollrechte des Parlaments und auch die Prüfrechte des Bundesrechnungshofs gesetzlich gesichert. Über den gemeinsamen Einsatz von Norbert Brackmann und



mir wurde sogar in einem Beitrag des „Schleswig-Holstein Magazins“ des NDR am 31. Mai 2017 berichtet, der unter [www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de) zu finden ist.



## ZUKUNFT RENTE – WAS WILL DIE SPD?

**Von Gabriele Hiller-Ohm MdB**

Natürlich wollen alle im Alter so weiterleben können, wie sie es gewohnt sind – und die meisten Menschen wollen auch nicht erst mit 70 Jahren in Rente gehen, wie es sich die CDU wünscht.

Möglichkeiten bekommen, arbeiten gehen zu können – wenn sie wollen. Entgegenkommen werden ihnen dabei familienfreundliche Arbeitszeitmodelle in Form einer Wahlarbeitszeit und der Anspruch auf eine befristete Teilzeit, der ihnen das Recht auf die Rückkehr in die Arbeitszeit vor der Kinderbetreuung gibt.



Auch durch solche Maßnahmen leisten wir zugleich einen Beitrag zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft und einer besseren Rente. Denn wir erhöhen dadurch die Anzahl derer, die als Erwerbstätige in die Rentenversicherung einzahlen und ihren Beitrag zur Stabilisierung des Rentenniveaus leisten.

Gleichzeitig sollen die Beiträge in die Rentenkasse die junge Generation nicht erdrücken. Das ist eine große Herausforderung, aber wir können sie meistern. Dafür hat die SPD ein schlüssiges Gesamtkonzept erarbeitet, nach dem einerseits das heutige Rentenniveau von 48 Prozent stabil bleibt und nicht weiter absinkt und bei dem andererseits die Beiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht über 22 Prozent steigen.

Damit beides geht werden wir zum Beispiel dafür sorgen, dass mehr Frauen und Männer gute Löhne bekommen und auch Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen können, wenn sie noch nicht abgesichert sind.

Weiterhin gehören zur Förderung einer guten Rente familienpolitische Maßnahmen wie eine noch bessere Kinderbetreuung und flexible Kindergartenzeiten auch an den Wochenenden. Mütter und Väter sollen so mehr

Ferner gehört eine systematische Einwanderungspolitik, die obendrein noch hilft, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, zu den Maßnahmen eines gesellschaftspolitischen Rentengesamtkonzeptes. Und natürlich eine starke Tarifbindung. Denn nur dadurch sichern wir gute Löhne für alle und die wiederum bringen gute Renten!

Klar ist, wir müssen an vielen Stellen ansetzen. Aber das lohnt sich dann auch. Unser Angebot ist ein gutes Angebot, ganz im Gegensatz zu dem was die Union anbietet: Keine Antwort auf das Sinken des Rentenniveaus, Menschen mit geringem Einkommen „dürfen“ weiterhin zum Sozialamt gehen, keine Teilzeitbefristung, keine gleichen und gerechten Löhne für Frauen, sachgrundlos befristete Arbeitsverträge für eine unsichere Zukunft, kein Zuwanderungsgesetz und höhere Beiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

**Aber bitte vergleichen Sie selbst in der Tabelle auf der folgenden Seite:**



## ZUKUNFT RENTE – WAS WILL DIE SPD?

### Gegenüberstellung SPD-Konzept und Vorschläge Union:

SPD	Union
Wir stoppen das Absinken des Rentenniveaus. Mit einem gesetzlich garantierten Rentenniveau von mindestens 48 Prozent sichern wir im Alter ein Leben in Würde.	Die Union hat auf das Sinken des Rentenniveaus keine Antwort. Das heißt, die Union will das Rentenniveau weiter absinken lassen - auf bis zu 43 Prozent im Jahr 2030.
Wir wollen eine gesetzliche Solidarrente als neue Leistung für langjährig Beschäftigte: 10 Prozent über der Grundsicherung und ohne Gang zum Sozialamt.	Die Union will langjährig Beschäftigte mit geringem Einkommen im Alter weiterhin zum Sozialamt schicken.
Wir sorgen dafür, dass sich auch die junge Generation auf eine auskömmliche Rente verlassen kann: mit einem garantierten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Beitragssatzbegrenzung von 22 Prozent.	Das Angebot der Union an die junge Generation: Arbeiten bis 70, steigende Beiträge und weniger Rente.
Mit uns wird es keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters geben.	Die Union will die Regelaltersgrenze weiter erhöhen. Dann kommt bald die Rente mit 70. (Wirtschaftsrat der CDU, Jens Spahn, Junge Union)
Wir wollen mit einem neuen Generationenvertrag alle Potenziale für eine Stabilisierung der Rente mobilisieren: durch eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung, gesteuerte Zuwanderung und eine beschleunigte Digitalisierung.	Die Union weigert sich, die Weichen für eine Stabilisierung des Rentensystems zu stellen, ob bei der befristeten Teilzeit, einem Zuwanderungsgesetz oder Investitionen in Ganztagsbetreuung, Qualifizierung und Weiterbildung.
Wir verteilen die Kosten auf breite Schultern. Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss beteiligen wir auch höhere Einkommen angemessen an der Bewältigung des demografischen Wandels.	Die Rentenpolitik der Union geht allein zu Lasten von Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern.
Wir machen ein faires Angebot für Jung und Alt: stabile Renten, stabile Beiträge, stabile Regelaltersgrenze, gerechte Finanzierung.	Das Angebot der Union lautet: Arbeiten bis 70, höhere Beiträge und weniger Rente.

## EHE FÜR ALLE!

**Von Sönke Rix MdB**

Es ist richtig, dass künftig nicht mehr das Geschlecht darüber entscheidet, ob man heiraten darf, sondern Liebe, Vertrauen und Zusammenhalt! Die Öffnung der Ehe ist eine wichtige Frage der Gerechtigkeit. Die Gesellschaft hat sich verändert. Heute ist eine große Mehrheit in der Bevölkerung dafür, dass gleichgeschlechtliche Paare genauso das Recht haben zu heiraten und Kinder zu adoptieren, wie gemischtgeschlechtliche Paare.

Auch wenn sich Frau Merkel selbst nicht zu einer Gleichstellung von Homosexuellen durchringen konnte, war die Mehrheit in der letzten Bundestagsitzungswor-

che ebenso deutlich, wie die Zustimmung in der Bevölkerung.

In 14 europäischen Ländern dürfen homosexuelle Paare bereits heiraten. Darunter sind sogar katholisch geprägte Gesellschaften wie in Spanien oder Portugal. Gleichgeschlechtliche Paare, die füreinander einstehen wollen, dürfen nicht mehr auf die eingetragene Lebenspartnerschaft verwiesen werden. Denn eine wirkliche Gleichstellung mit verheirateten heterosexuellen Paaren ist das eben nicht. Dafür gab und gibt es keine Rechtfertigung.

**Fortsetzung auf Seite 6...**



## **EHE FÜR ALLE!**

**...Fortsetzung von Seite 5**

Wir respektieren die vielfältigen Lebensentwürfe der Menschen und müssen dafür sorgen, dass alle Paare ihr Zusammenleben auch rechtlich so gestalten können, wie es ihren Vorstellungen entspricht.

In Art. 1 Abs. 1 GG heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wenn wir aber Menschen sagen, dass wir ihnen die Ehe nicht zugestehen wollen, weil sie jemanden mit demselben Geschlecht lieben, dann treten wir ihre Würde mit Füßen. Wir sagen ihnen unter dem Strich: „Eure Liebe, eure Bereitschaft, füreinander einzustehen, ist weniger wert.“

Die völlige Gleichstellung von Homosexuellen war längst überfällig. Für die Haltung der Union habe ich keinerlei Verständnis. Ob die Kehrtwende, die An-



gela Merkel vollzogen hat, ein taktisches Manöver war oder ob sie sich schlicht vergaloppiert hatte, kann ich nicht beurteilen.

Fakt ist: Jahrelang hat sie die Ehe für alle blockiert – und nun vielleicht erkannt, dass das Aussetzen von Problemen nicht funktionieren wird. Außerdem lehnen auch viele innerhalb der CDU/CSU die Ehe für alle nicht mehr ab. Das Thema drohte also auch innerparteilich unangenehm zu werden.

Jedes Paar, das sich liebt, soll heiraten können! Nur so kann die Politik der vielfältigen Gesellschaft in unserem Land gerecht werden und dafür sorgen, dass sich homosexuelle Paare nicht länger als Bürger zweiter Klasse fühlen. Ehe für alle – die Zeit war

überreif!

## **WIR BRAUCHEN EINE NATIONALE BILDUNGSALLIANZ!**

**Von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB**

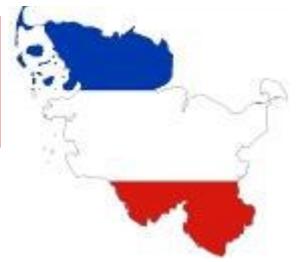
Als Bildungspolitiker haben wir es immer gewusst und lautstark gesagt. Das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz von 2006, nach dem sich der Bund aus der Förderung der Bildung in Schulen und Hochschulen heraushalten muss, war ein schwerer Fehler, der weder den Erfordernissen einer modernen und zukunftsgerichteten Bildungsgesellschaft gerecht wird, noch die Finanzierungsmöglichkeiten der Länder und Kommunen angemessen berücksichtigt und unterstützt.

Deshalb haben wir in der SPD und wir als Bildungspolitiker immer vorneweg in den letzten zehn Jahren beharrlich dafür gekämpft, diesen schweren Fehler Schritt für Schritt gegen die Widerstände von CDU und CSU

zu beseitigen und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einer zeitgemäßen Bildungsallianz zu schaffen.

Sah es bei den Koalitionsverhandlungen noch so aus, als ob sich das Dauer-Nein von CSU und CDU durchsetzen konnte, war schon ein halbes Jahr später für die Hochschulen der große Durchbruch erkämpft. Mit einem neu gefassten Grundgesetzartikel 91 b können danach Bund und Länder „bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken“. Dadurch haben wir jetzt die Verfassungsgrundlage für eine dauerhafte, nicht nur projektbezogene Kooperation. Gleichzeitig konnten wir die Förderung der Lehre erstmals überhaupt im Grundgesetz verankern.

**Fortsetzung auf Seite 7...**



## **WIR BRAUCHEN EINE NATIONALE BILDUNGSALLIANZ!**

**...Fortsetzung von Seite 6**

Damit war zu Beginn dieser Legislaturperiode die Grundlage gelegt, dass der Bund seine großen Förderprogramme wie den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzstrategie oder auch das neue Förderprogramm für die Fachhochschulen und die Förderung der guten Lehre an den Hochschulen sowie das Förderprogramm für die Verbesserung der Lehrerbildung fortsetzen und dauerhaft ausrichten konnte.

Schleswig-Holstein hat davon ordentlich an seinen Hochschulstandorten profitiert. Als SPD kämpfen wir jetzt bei den Bundestagswahlen dafür, dass die über 20 Milliarden, die der Bund bisher in diese befristeten Programme gesteckt hat, dauerhaft verlängert werden und es unter anderem eine bessere Absicherung der Grundfinanzierung bei den Hochschulen gibt.

Aber nicht nur für die Hochschulen ist die Verfassung jetzt zum Besseren geändert. Auch für die Schulen konnten wir als SPD einen großen Erfolg verzeichnen. Auch wenn es noch nicht das endgültige Ziel ist – das Kooperationsverbot ist mit einem weiteren Schritt nach vorn aufgebrochen.

„Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren“ – so heißt es jetzt im

Grundgesetz, wie wir es zum Ende der Legislaturperiode geändert haben, weil die SPD diese Änderung zur Voraussetzung für die Zustimmung zu einem großen Gesamtpaket der neu geordneten Bund-Länder-Financen gemacht hat. 3,5 Milliarden Euro zu überaus günstigen Konditionen (nur ein Mindestanteil von zehn Prozent kommunaler bzw. Landeseinbringung werden verlangt) stehen jetzt für Sanierung, Erweiterung, Ausbau von Schulen bereit.



Für Schleswig-Holsteins finanzschwache Kommunen sind das rund 100 Millionen Euro. Das kommt dem Ausgleich zwischen armen und reichen Kommunen zugute, das stärkt die Schulen und das schafft mehr Bildungsgerechtigkeit. Auf diesen Erfolg können wir als SPD richtig stolz sein.

Allerdings wird das noch nicht das Ende unserer Arbeit bedeuten. Im Gegenteil: Die jüngsten Prognosen aus der Bildungsforschung, die für die nächste Zeit eine Million mehr Schulkinder erwarten, begründen zwingend eine Nationale Bildungsallianz und eine vollständige Abschaffung

des Kooperationsverbotes.

Bund, Länder und Kommunen müssen zusammen für gute Schulen und Chancengleichheit sorgen können. Der Bund darf die Länder und die Kommunen bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe nicht allein lassen. Auch deshalb wollen und müssen wir bei den Bundestagswahlen erfolgreich sein.



## **KLIMASCHUTZ NACH G20 ...**

**Von Dr. Nina Scheer MdB**

... ist Klimaschutz vor G20: Das Abschluss-Kommuniqué des Gipfels bestätigt die bereits im US-Wahlkampf eingenommene Linie, wonach sich Donald Trump aus dem Klimaschutzabkommen von Paris verabschieden möchte – gegen den Rest der Welt. Die Klimapolitik der Weltgemeinschaft wird insofern nicht aufzuhalten sein – in zu vielen Ländern wurde der Umstieg auf Erneuerbare Energien inzwischen zu Recht als zukünftig wirtschaftlichste Energiegewinnungsoption erkannt, wie es etwa auch die Devest-Bewegung zeigt (das Herausziehen von Investitionsgeldern aus fossilen Energien) und verstärkte Investitionsentscheidungen in China und In-



dien belegen.

Die Weltgemeinschaft muss dennoch achtsam sein: Nicht alles, was sich Energiewende und Klimaschutz nennt, zielt darauf. Wenn die USA nun ankündigen, "saubere" und "effiziente" fossile Energie exportieren zu wollen, zeigt dies, dass es künftig nicht nur um Klimaschutz gehen muss, sondern um einen Stopp des Verbrauchs fossiler Ressourcen. Eine solche Aussage fehlt auch im Klimaschutzvertrag. Bereits aus friedenspolitischen Gründen muss es aber künftig verstärkt darum gehen, die zivilisatorische Abhängigkeit von sich stetig verknappenden fossilen Ressourcen – zumal bei wachsender Weltbevölkerung – zu beenden.

---

## **ZUHÖREN UND HANDELN – FÜR EIN LEBENS- UND LIEBENSWERTES SCHLESWIG-HOLSTEIN**

**Von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Leidenschaft und Freude habe ich Sie und unseren Wahlkreis in den letzten vier Jahren im Deutschen Bundestag vertreten. Für mich persönlich war es eine spannende und intensive Zeit. Zuhören und handeln, so verstehe ich meine Arbeit als Ihre Bundestagsabgeordnete.

### **Mein Verständnis von Politik**

Ich freue mich sehr auf den Sommer und den vor uns

liegenden Wahlkampf. Denn: Wahlkampf ist die Hochzeit der Demokratie. Viele Menschen fragen mich: „Warum gerade Politik?“ Politik heißt für mich, etwas zu wollen, damit die Welt ein Stück weit besser wird. Politik hat für mich den Auftrag, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Für ein gerechtes und solidarisches Miteinander und ein lebens- und liebenswertes Schleswig-Holstein. Dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Das ist nicht immer leicht. Trotzdem gilt hier: Dranbleiben lohnt sich. Ich möchte etwas daran ändern, dass sich viele Menschen von der Politik nicht angesprochen fühlen.

**Fortsetzung auf Seite 9...**



## **ZUHÖREN UND HANDELN – FÜR EIN LEBENS- UND LIEBENSWERTES SCHLESWIG-HOLSTEIN**

*...Fortsetzung von Seite 8*

Meinungen wahrzunehmen und einzuordnen, das ist unsere Aufgabe als Ihre gewählten Abgeordneten. Also sprechen Sie mich an. Ihr Anliegen ist mein Sendungsauftrag in Berlin.



### **Ehrenamt und Politik**

Ehrenamtliches Engagement und Politik gehen in unserer demokratischen Gesellschaft Hand in Hand. Dass das in unserer Gesellschaft so ist, darauf können wir zu Recht stolz sein. Viele von Ihnen engagieren sich in Deutschland und besonders in Schleswig-Holstein, sei es in den Sportvereinen, bei der Feuerwehr, oder für politische Themen. Sie alle, die sich neben der Arbeit, der Universität oder der Schule in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl einsetzen, leisten großartige Arbeit. Das ist das Fundament unserer Demokratie.

Daher ist es mir über die vergangenen vier Jahre hinweg immer ein Anliegen gewesen, das Ehrenamt zu unterstützen. Dazu habe ich im Wahlkreis eine Veranstaltungsreihe mit dem Motto „Die da oben, wir da unten?“ eingeführt. Auf diesem Wege konnte ich mit vielen ehrenamtlich Engagierten ins Gespräch kommen und erfahren, wo der Schuh in der Praxis drückt. Gemeinsam mit meinen Kollegen Matthias Ilgen, Edelgard Bulmahn und Dagmar Freitag sind wir uns einig: Das Ehrenamt verdient nicht nur unsere volle Anerkennung, sondern auch unseren Einsatz für optimale Rahmenbedingungen.

### **Zwei Jahre Vorsitz der SPD-Küstengang**

Die maritime Branche ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige für Schleswig-Holstein. Die SPD-

Küstengang setzt sich in Berlin für die Interessen des Nordens ein.

Ich freue mich sehr, dass ich seit April 2015 mit dem Vorsitz der Küstengang wichtige Themen für Schleswig-Holstein setzen und vorantreiben konnte. Mit unseren regelmäßigen Treffen haben wir in der gesamten Wahlperiode viel für die Stärkung des maritimen Wirtschaftsstandortes Deutschland getan.



Eines der wichtigsten Themen war und ist Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt, der Hafenwirtschaft und der gesamten Zuliefererindustrie. Zukünftig wird es darum gehen, die Chancen der

Digitalisierung und von Industrie 4.0 zu nutzen. Mit der „Maritimen Agenda 2025“ der Bundesregierung sind wir bereits gut aufgestellt. Ich freue mich schon darauf, in der nächsten Legislaturperiode die Küstengang weiterhin mit einer starken Stimme zu vertreten.



**Letzte Sitzung der SPD-Küstengang mit dem Maritimen Koordinator der Bundesregierung Uwe Beckmeyer am 20.06.2017 in Berlin**



## **EINE FRAGE DER MEHRHEITSVERHÄLTNISSE**

**Von Dr. Karin Thissen MdB**

Als Bundestagsabgeordnete habe ich in den zurückliegenden zwei Jahren zahlreiche Gesetze und Initiativen im Deutschen Bundestag begleitet. Oft erreichten mich dazu Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern wie Genossinnen und Genossen, nicht selten Kritik an meinem und dem Stimmverhalten der SPD-Bundestagsfraktion. Aufgrund der Form und des Inhalts einiger Kritiken habe ich dabei einen differenzierten Blick auf die gesellschaftliche Meinungsbildung erhalten.

Eine Demokratie lebt vom gesellschaftlichen Diskurs, von Austausch und Kritik. Doch egal, wie leidenschaftlich die Debatten auch geführt werden, wir sollten immer bei den Fakten bleiben. Das gilt für Politiker, das gilt für die Presse, NGOs, gesellschaftliche Gruppierungen, Bürger und Genossen.

Ich verstehe gut, dass die Flut an verfügbaren Informationen schwer zu kanalisieren ist. Doch genau das ist

unsere Aufgabe: die Aufgabe der Abgeordneten. Wir recherchieren, bewerten die Informationen und haben zu entscheiden. Ich habe den Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion und meine Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein mehrheitlich als akribisch arbeitende Parlamentarier wahrgenommen – auch und gerade zu solch brennenden Themen wie TTIP oder der Infrastrukturgesellschaft.

Die Mitglieder des Bundestages führen gemäß der parlamentarischen Spielregeln die Verhandlungen. Problematisch wird es, wenn wir diese Vorgänge der Öffentlichkeit gar nicht mehr erläutern können, weil Grundsätze unserer parlamentarischen Demokratie nicht gesehen werden oder grundsätzliches Misstrauen besteht.

Unser demokratisches System lebt vom Kompromiss. Ich habe in meinem politischen Umfeld in Berlin selten Entscheidungsträger und Verhandlungspartner erlebt, die die Entscheidung auf Einzelinteressen und bewusst zu Lasten der Gesellschaft treffen wollten. Falls doch, habe ich stets gleichfalls effektive Gegenwehr aus dem Parlament heraus beobachtet.

Alle Entscheidungen, wie kritisch diese auch öffentlich diskutiert werden, wurden in hart geführten Verhandlungen getroffen. Unsere Demokratie lebt von diesem Ausgleich zwischen Positionen, und sie funktioniert im internationalen Vergleich sehr gut. So wesentlich und wichtig öffentliche Debatten über die Themen unserer Zeit auch sind, sollten dabei Dramatik und sachfremde Emotionalität nicht die Oberhand gewinnen.

Ich glaube, ich spreche auch für meine Kolleginnen und Kollegen, wenn ich sage, dass der Deutsche Bundestag mit seinen Volksvertretern um das Beste für unsere Gesellschaft ringt. Die teils harsche Kritik an der SPD und ihrem politischen Handeln in Regierungsverantwortung ist in diesem Zusammenhang unverständlich.

Das Wahlergebnis von 2013 war in einer Gesamtbeurteilung Auftrag an die Sozialdemokratie, sich als „Junior“-Partner einer Großen Koalition einzubringen. Wer andere Mehrheiten wünscht, muss im September 2017 die SPD zur stärksten Kraft auf Bundesebene machen. Nur wenn der Wähler der SPD einen Regierungsauftrag erteilt, kann soziale Gerechtigkeit wieder in das Zentrum jeder politischen Entscheidung rücken.

**Fortsetzung auf Seite 11...**





## **EINE FRAGE DER MEHRHEITSVERHÄLTNISSE**

*...Fortsetzung von Seite 10*

Nur dann haben wir, die SPD, die Richtlinienkompetenz, also die Möglichkeit die großen Linien zu bestimmen.

Die vielbeschworene Politikverdrossenheit, die sich in radikalen Tendenzen und Wahlergebnissen äußert, kann meiner Meinung nach nicht allein von „der Politik“ abgewendet werden. Sie kann und muss aus der Mitte der Gesellschaft mit Augenmaß, Vernunft und Verständnis für unser System gelöst werden. Ich werbe daher stets für mehr Nähe zur Politik.

Jeder und jede sollte sich politisch engagieren und einbringen, denn nur wer gesehen hat, wie wir uns als Gesellschaft Regeln geben, kann beurteilen, wie und warum konkrete Entscheidungen und Gesetze zustande kommen. Ich möchte mit den Menschen über Politik diskutieren, Verunsicherungen nehmen, Verständnis schaffen, Halbwahrheiten widerlegen und „Skandale“ ins rechte Licht rücken. Besuchen Sie mich, ob als Gast, Praktikant oder interessierter Bürger, ob in Berlin oder auf den Marktplätzen unserer Gemeinden. Lassen Sie uns diskutieren!

## **QUO VADIS DEUTSCHLAND? - WAHLKAMPF 2017**

*Von Matthias Ilgen MdB*

Liebe Genossinnen und Genossen: Der Wahlkampf ist eröffnet. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob es uns gelingt die Wählerinnen und Wählern von dem zu überzeugen, was wir schon wissen: Nämlich, dass unsere Ideen für Deutschlands Zukunft die besseren, wenn nicht gar die einzigen sind!

Die wahlkampfverneinende Taktik der CDU-Vorsitzenden wird dabei eine Herausforderung sein. Wer stets im Ungefähren umherwabert, sich dabei auch noch abseits des Zeitgeistes bewegt und jegliche Idee für Deutschland und Europa vermissen lässt, der hat seinen politischen Zenit weit überschritten.

Eine CDU-Vorsitzende, die keine Position bezieht und sich damit als politische Wundertüte stilisiert, ist für die Bürgerinnen und Bürger weder einschätzbar noch wählbar. Wer sich die Regierungsbilanz der vergangenen Jahre anschaut sieht schwarz auf weiß, dass es

## **QUO VADIS DEUTSCHLAND? - WAHLKAMPF 2017**



unsere SPD-geführten Ministerien waren, die große Reformen angepackt und durchgesetzt haben.

Das Spektrum bei der Union indes reicht gerade einmal vom Dobrindt'schen Misserfolg (Maut), einer Selbstverteidigungsministerin von der Leyen, die jeglichen Respekt gegenüber den ihr unterstellten Soldatinnen und Soldaten vermissen lässt, bis hin zu „Phantomministern“ wie Schmidt und Müller, bei denen man sich fragt, wann sie zuletzt mal etwas angepackt haben. Zwei Aussprüche sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, und „tue Gutes und rede darüber“.

Wahlkampf ist mehr als Stände auf dem Markt, die nach dem „Ihr-Kinderlein-kommet“-Prinzip funktionieren. Wahlkampf ist, die Bürgerinnen und Bürger da abzuholen, wo sie sind – bei sich daheim.

*Fortsetzung auf Seite 12...*



## **QUO VADIS DEUTSCHLAND? - WAHLKAMPF 2017**

### **...Fortsetzung von Seite 11**

Bei Ihnen klingeln und mit ihnen ins Gespräch kommen über das, was wir bereits alles getan haben und Ihnen fernab von Flyern und Zetteln erklären, wie wir Deutschland in Zukunft gestalten wollen:

Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium, denn es hat in diesem Land egal zu sein, welchen Verhältnissen man entstammt.

Jeder hat die gleichen Chancen verdient! Das heißt auch: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal welches Geschlecht man hat und gleiche Voraussetzungen an jedem Wohnort. Deshalb: Breitbandausbau und weniger Gefälle zwischen Land und Stadt.

Außerdem: Weg mit der sachgrundlosen Befristung bei Jobs und damit für mehr Planbarkeit des eigenen Lebens! Wir müssen ferner zurück zur paritätischen Verteilung bei den Krankenkassenbeiträgen. Arbeitnehmer

stärker in die Pflicht zu nehmen als Arbeitgeber ist eine soziale Schieflage, die nicht länger hinnehmbar ist. Zudem gilt: Ohne Firmen und Unternehmer keine Arbeitnehmer – auch hier wollen wir ansetzen, insbesondere wenn es um private Investitionen geht.

Zu viele private Mittel fließen aus unserem Land ab, statt hier den nächsten Ferdinand Porsche oder Robert Bosch dabei zu unterstützen sein Unternehmen aufzubauen.

Gerade als Mitglied im Ausschuss für Verteidigung ist es mir wichtig zu sagen: Ja, unsere Bundeswehr muss modernisiert werden und mit dem notwendigen Material ausgestattet werden, um ihre Aufgaben effizient und sicher wahrnehmen zu können.

Das 2%-Gießkannen-Prinzip lehne ich ab! Wir müssen Investitionen koordinieren – sie dort tun, wo es sinnvoll ist, statt blind den Verteidigungsetat zu verdoppeln und auf Masse statt Klasse zu setzen!

---

## **GUTE ARBEIT IST MEHR ALS EINE PAROLE!**

**Von Mathias Stein, SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis 5 Kiel (mit den Gemeinden Altenholz und Kronshagen)**

Der Begriff „Gute Arbeit“ geistert häufig durch die politische Diskussion. Die Gewerkschaften versuchen, den Begriff als Marke für sich zu nutzen. Im Regierungsprogramm der SPD findet sich der Begriff ebenfalls.

Im Grunde geht es um die alten Forderungen der Arbeiterbewegung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Arbeit sollte nicht krank machen oder so gefährlich sein, dass Körper und Seele verletzt werden. Hier ist in der Vergangenheit sehr viel erreicht worden.

Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist in Deutschland verschwindend gering. Dennoch belasten viele Menschen gerade die neuen Formen von flexibler Arbeit. Durch die Verbreitung von Handys und Smartphones ist fast jeder ständig erreichbar.

„Jemand ist krank geworden, Du musst mal eben einspringen“, am Sonntag beim Familienfrühstück, heißt es dann, bei einer Pflegerin. „Wir haben eine technische Störung. Bitte sofort beheben“, lautet die Text-

nachricht auf dem Smartphone, während der Familienvater gerade beim Einkauf ist. Solche Situationen kommen in der Arbeitswelt immer häufiger vor. Sie belasten nicht nur das Familienleben, sondern führen auf Dauer zu gesundheitlichen Problemen.

Von immer mehr Menschen wird verlangt, dass sie ständig erreichbar sind. Meist wird diese Erreichbarkeit nicht mal entlohnt oder entsprechend gewürdigt.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen oft in immer komplexeren Arbeitsprozessen und in einer zu geringen Personalausstattung. Beschäftigte brauchen ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit, so steht es im Regierungsprogramm der SPD. Das ist ein Weg, um die Arbeitgeber dazu zu bewegen, die Arbeitsprozesse im Sinne der Beschäftigten zu verbessern und mehr Personal einzustellen.

Zur „Guten Arbeit“ gehören auch anständige Löhne, von denen man gut leben kann. In vielen Branchen sind wir davon noch weit entfernt.

**Fortsetzung auf Seite 13...**



## **GUTE ARBEIT IST MEHR ALS EINE PAROLE!**

*...Fortsetzung von Seite 12*

Mit dem Mindestlohn, einer besseren Tarifbindung und durchsetzungsstarken Gewerkschaften haben und werden wir in Zukunft noch mehr erreichen.

Wir sind auch der Meinung, dass ein Arbeitsverhältnis auf Dauer angelegt sein muss, wenn von „Guter Arbeit“ gesprochen werden soll. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die sachgrundlosen Befristungen eines Ar-

beitsvertrages abgeschafft werden.

Im Regierungsprogramm finden sich weitere Forderungen und Maßnahmen, die zu „Guter Arbeit“ führen. Mir ist dabei besonders wichtig: Neben einer sozialdemokratisch-geführten Bundesregierung brauchen wir starke Gewerkschaften und Beschäftigte mit geradem Rücken. Nur so erreichen wir eine menschengerechtere Arbeitswelt!



## **DEUTSCH-DÄNISCHE ZUSAMMENARBEIT – STARKE ACHSE IM NORDEN**

***Von Clemens Teschendorf,  
SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis 1  
Flensburg – Schleswig***

Der nördlichste Teil Schleswig-Holsteins liegt zwar am Rande der Bundesrepublik, ist aber eine lebendige Region. Das liegt an der seit Jahren gewachsenen Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarn, von der beide Länder profitieren.

Die deutsch-dänische Grenzregion wird damit zu einem gelebten Beispiel europäischer Zusammenarbeit – auch wenn sich die Nachbarn nicht immer einig sind. Beispielsweise sind die aktuellen dänischen Grenzkontrollen aus deutscher Sicht wenig sinnvoll. Sie behindern

eher den kleinen Grenzverkehr, als dass sie Kriminalität verhindern. Der Zusammenarbeit der beiden Länder tut dies jedoch keinen Abbruch. Denn die seit Jahren praktizierte gemeinsame Polizeiarbeit funktioniert gut. Sie ist effektiv und ermöglicht gemeinsame Einsätze und ein koordiniertes Vorgehen über die Grenze hinweg.

Der kulturelle Austausch zwischen den Nachbarn, die ohnehin auf eine gemeinsame Geschichte mit wechselnden Grenzverläufen zurückblicken, ist eine Erfolgsgeschichte und wird in zahlreichen Kooperationen gelebt. Ausstellungen, Forschung und Musikevents finden grenzübergreifend statt.

***Fortsetzung auf Seite 14...***



## **DEUTSCH-DÄNISCHE ZUSAMMENARBEIT – STARKE ACHSE IM NORDEN**

*...Fortsetzung von Seite 15*

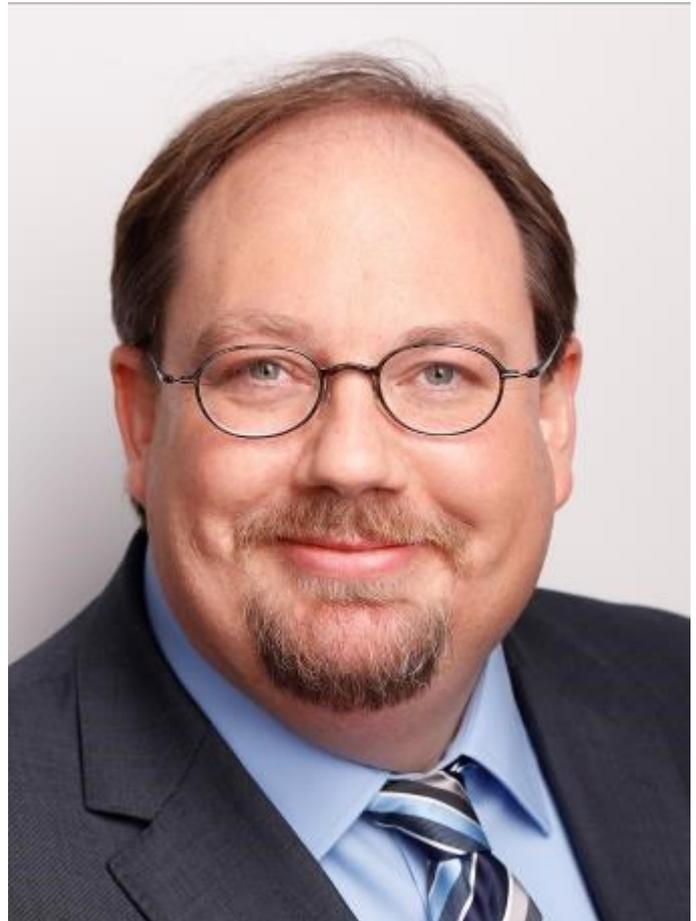
Das Gleiche gilt im Übrigen für die gute Kooperation der Hochschulen im Grenzgebiet.

Vorbildlich ist auch der Umgang mit Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze, auf den viele Länder im Sinne eines Erfolgsmodells schauen und der bei uns auch ein Forschungsschwerpunkt ist.

Last but not least ist die Grenzregion entlang der Jütlandachse ein attraktiver Wirtschaftsraum für eine Vielzahl von Unternehmen.

Das Deutsch-Dänische Grenzland ist ein gutes Beispiel für grenzübergreifende Kooperation. Um diese weiter zu stärken bedarf es jedoch weiterer Anstrengungen. Einige Beispiele:

- ⇒ Stärkung der Infrastruktur auf der Jütlandachse zwischen Norwegen und Hamburg. Hier muss vor allem die Querung des Nord-Ostsee-Kanals, die Autobahn A7 aber auch die Bahn in der Lage sein, die Verkehre zuverlässig bewältigen zu können.
- ⇒ Gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen, denn nur dann kann ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt auch im Sinne der Arbeitnehmer funktionieren.
- ⇒ Stärkung und Ausbau der gemeinsamen Polizeiarbeit, denn nur so lässt sich grenzüberschreitende Kriminalität wirksam bekämpfen. Symbolische Grenzkontrollen behindern nur und sind wenig effektiv!



Die Zusammenarbeit beider Länder ist gut für die Region. Sie stärkt die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und zeigt, wie positiv Europa wirken kann. Deshalb muss sie weitergeführt und vertieft werden. Auch dafür steht die SPD im Norden.

---

## **FRANZ THÖNNES ZUM ABSCHIED AUS DEM BUNDESTAG IM OKTOBER 2017: SO EINIGES WURDE ERREICHT! – TSCHÜS! – BLESS! – HA DET BRA! – VI SES! – HEJ DÅ! – HEIPPA!**

***Von Franz Thönnies MdB***

Erstmals wurde ich 1994 in den Deutschen Bundestag gewählt. Im Mai 2016 habe ich auf eine erneute Kandidatur verzichtet und werde nun im Herbst aus dem Parlament ausscheiden. In meiner 23-jährigen Abgeordneten-Tätigkeit war ich Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Arbeit und Soziales sowie stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Als arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher sowie stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender war ich erheblich am Job-AQTIV-Gesetz, der Reform der Betriebsverfassung sowie des Behindertenrechts bei Teilhabe, Arbeit und Mitbestimmung beteiligt. Nach den Wahlen 2002 und 2005 wurde ich zum Parlamentarischen Staatssekretär in den Ministerien für Gesundheit und Soziale Sicherung, Arbeit und Soziales ernannt.

***Fortsetzung auf Seite 15...***



## **FRANZ THÖNNES ZUM ABSCHIED AUS DEM BUNDESTAG IM OKTOBER 2017: SO EINIGES WURDE ERREICHT! – TSCHÜS! – BLESS! – HA DET BRA! – VI SES! – HEJ DÅ! – HEIPPA!**

*...Fortsetzung von Seite 14*

Mit Ulla Schmidt, Franz Müntefering und Olaf Scholz als Minister habe ich gerne auf Regierungsebene zusammengearbeitet. Die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Rentenpolitik sowie das Behindertenrecht waren meine Schwerpunkte. Meine Rede als Regierungsvertreter im Namen der gesamten Europäischen Union während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 im Großen Saal der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention, war mir eine besondere Ehre.

Vier Wahlperioden leitete ich die Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe sowie die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz. In dieser Zeit haben wir im Umweltschutz und der Schiffssicherheit manches erreicht, allen voran aber die Gründung des Baltic Sea Labour Forums (BSLF) als einzigartiges Gremium mit 30 Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen für den sozialen Dialog über

die Arbeitswelt im Ostseeraum.

Als Berichterstatter habe ich mich gerade in schwieriger Zeit stets für den Dialog mit Russland und der Ukraine eingesetzt. Mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) fördere ich den politischen Jugendaustausch in der Ostseeregion und bin weiter Schirmherr des Egon-Bahr-Fellowship-Programms mit jungen deutschen und russischen Politikern. In der Ukraine unterstütze ich Aktivitäten zum „Capacity Building“ von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie ein Projekt zum „Sozialen Dialog“ von Sozialpartnern und Politik. Mit NORDMETALL, den Gewerkschaften und der FES werde ich auch hier weiter kooperieren.

Die Anliegen von hilfesuchenden Menschen sowie die Unterstützung in Asylfällen im Wahlkreis waren mir stets sehr wichtig. Ebenso die verlässlichen Förderungen der beiden Mehrgenerationenhäuser „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und „OASE“ in Bad Oldesloe sowie meine jährlichen Betriebspraktika.



**Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann (r.) überreicht Franz Thönnes zum Abschied einen Buddybären**



## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE**

Bald ist es wieder soweit: Am 24. September 2017 finden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt und auch die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sind dazu aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zeit, die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Bilanz über die letzten vier Jahre ziehen zu lassen. Aber auch Zeit, um neue Ziele zu formulieren, die die schleswig-holsteinischen SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten im Bundestag in der neuen Wahlperiode umsetzen möchten.



**Franz Thönnies MdB**

**Seit 1994 im Bundestag, scheidet zum Ende der Wahlperiode nach 23 Jahren aus dem Parlament aus**

- ⇒ Die 2013 zugesagte kritische-konstruktive Außenpolitik habe ich mit vielen politischen Treffen im Ostseeraum, Russland und der Ukraine eingelöst. Dazu gehört auch der Jugendaustausch. Angesichts des Russland-Ukraine-Konflikts gilt es vorrangig den Dialog aufrecht zu erhalten, um wieder zu gemeinsamer Sicherheit zu kommen. Als Schirmherr unterstütze ich das „Egon-Bahr-Fellowship-Programm“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau sowie ein Projekt zum „Sozialen Dialog“ in der Ukraine zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik.
- ⇒ Wie als Ziele der sozialen Gerechtigkeit formuliert, wurden der Mindestlohn, die Leiharbeit- und Werkvertragsregulierung, die Mietpreisbremse

sowie mehr Wohnungsbaumittel beschlossen. Die Chancengleichheit für Frauen wurde durch die Geschlechterquote in Aufsichtsgremien, das Entgelttransparenzgesetz und mehr Kita- und Schulinvestitionen verbessert. Die Sicherheit im Alter, bei Gesundheit und Pflege wird durch die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, die Versorgungsstärkung bei Krankheit, den Pflegeleistungsausbau, den neuen Pflegebegriff sowie die Kranken-, Alten- und Pflegebildungs-Reform besser gewährleistet.

- ⇒ Für eine moderne Infrastruktur im Wahlkreis wurden die Planungen für die S4 zwischen Hamburg und Bad Oldesloe vorangetrieben. Nun steht sie im Bundesverkehrswegeplan 2030. Das Planfeststellungsverfahren für die S21 hat 2016 begonnen. Die voraussichtlich 2018 zu treffende endgültige Entscheidung von Schleswig-Holstein und Hamburg ist hiervon und der noch offenen Bundesmitfinanzierung abhängig.





## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE**



**Bettina Hagedorn MdB**

**Seit 2002 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 9 Ostholstein – Stormarn Nord**

- ⇒ In Berlin bin ich seit 2002 Mitglied im Haushaltsausschuss und dort seit 2009 stellvertretende Sprecherin für die SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2013 bin ich für das Verkehrsministerium für den größten Investitionshaushalt des Bundes verantwortlich und wirke dabei sehr erfolgreich, besonders für die Infrastruktur und den Breitbandausbau, im Interesse unseres echten Nordens. Der Haushaltsausschuss hat auf meine Initiative für den dringend notwendigen Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals 1,2 Milliarden Euro und den größten Stellenaufwuchs der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung bewilligt. Ob A 7, A 20, Elbquerung, Rader Hochbrücke, Elbe-Lübeck-Kanal oder Schienenausbau Brunsbüttel-Wilster oder Niebüll-Klanxbüll – wenn es um Geld für wichtige Projekte geht, bin ich am Ball.
- ⇒ Mein politisches Herzblut gilt zudem der Familien- und Bildungspolitik: Für eine verlässliche, flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr und einer schrittweisen Gebührenfreiheit für ALLE Jahrgänge im Vorschulalter und ebenso für Ganztagschulen, die Chancengleichheit und einen guten Start ins Berufsleben garantieren. Der Haushaltsausschuss hat auf SPD-Initiative Milliarden zu Gunsten der Kommunen und Länder beschlossen, damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe

auch finanziert werden kann. Dazu gehört auch der Fachkräftemangel in Gesundheits- und Pflegebranche sowie die Unterstützung der mittelständischen Betriebe, die die qualifizierte Fachkräfteausbildung sichern. Ich kämpfe dafür, dass die Meisterausbildung kostenfrei wird!



**Gabriele Hiller-Ohm MdB**

**Seit 2002 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 11 Lübeck**

#### **Drei Erfolge:**

- ⇒ Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 8,84 Euro eingeführt und damit eine der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre erfolgreich durchgesetzt. Und sie wirkt: rund vier Millionen Beschäftigte profitieren davon.
- ⇒ Seit Juli 2017 gilt das neue Gesetz zur Lohngerechtigkeit. Es bringt Klarheit darüber, wer beim Verdienst diskriminiert wird. Auch wenn das Gesetz erst für Unternehmen ab 200 Beschäftigten gilt, wird es helfen, das Tabu „über Gehalt nicht zu reden“ zu brechen.
- ⇒ Gerechtere Renten! Langjährig Versicherte können früher in Rente gehen. Es gibt eine höhere Mütterrente mit einem Rentenpunkt pro Kind als monatlichem Plus. Zudem haben wir Betriebsrenten gestärkt, flexible Übergänge für in Teilzeit Arbeitende geschaffen und die Erwerbsminderungsrente erhöht.



## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE**

#### **Drei Ziele:**

- ⇒ Abschaffung der sachgrundlosen Befristung: Menschen brauchen einen festen Job mit guten Bedingungen und zukunftssichere Aussichten. Darum müssen wir die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen.
- ⇒ Schluss mit der Teilzeitfalle – gerade auch für Frauen! Wer etwa wegen eines Kindes von einer Voll- in eine Teilzeitstelle wechseln muss, muss auch wieder in die vorherige Arbeitszeit zurückkehren dürfen. Deshalb brauchen wir das Rückkehrrecht in Vollzeit.
- ⇒ Barrierefreie Reisekette: Der Tourismus boomt. Als tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ist es mir wichtig, dass alle Menschen, auch Menschen mit Behinderungen, reisen können. Wir brauchen mehr Barrierefreiheit im Tourismus.

- ⇒ Es ist mir gelungen, meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss im Zuge von Terminen vor Ort davon zu überzeugen, dass es notwendig und sinnvoll ist, das kulturelle Erbe an unserer Westküste zu erhalten. Im Ergebnis beteiligt sich der Bund nun mit zehn Millionen Euro an der Sanierung von nicht weniger als 18 Kirchen auf Eiderstedt. Hierauf, und auf die Mittel, die wir darüber hinaus für unser Nordfriisk Institut locker machen konnten, bin ich sehr stolz.
- ⇒ In einer gemeinsamen Anstrengung gelang es außerdem, die Mittel des Bundes für den Netzausbau um 1,3 Milliarden Euro auf insgesamt vier Milliarden Euro aufzustocken. Von den bislang ausgeschütteten Förderungen fanden über 25 Millionen Euro ihren Weg an unsere Westküste. Außerdem konnten wir im Verteidigungsausschuss auf den letzten Metern auch der drohenden Knappheit an maritimen Plattformen beikommen, indem wir beschlossen haben unsere Marine mit fünf weiteren Schiffen ausstatten, nachdem man seitens des Ministerium voreilig unsere Schnellboote außer Dienst stellte.



**Matthias Ilgen MdB**

**Seit 2013 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 2 Nordfriesland – Dithmarschen-Nord**

#### **Drei Erfolge:**

- ⇒ Im Ausschuss für Wirtschaft und Energie haben wir, neben vielen Investitionsförderprogrammen auch eine Reihe an Verbesserungen für junge Gründerinnen und Gründer durchsetzen können, insbesondere auf den Gebieten Bürokratieabbau und Risikokapitalausstattung.

#### **Drei Ziele:**

- ⇒ Unsere Westküste muss auch weiterhin ein attraktiver Ort zum Leben sein. Dies gilt im Besonderen mit Blick auf die digitale Infrastruktur. Ging es vor 15 Jahren noch darum, überhaupt Internet in jedes Dorf an der Westküste zu bekommen, so ist es heute von immanenter Wichtigkeit, dass es überall an der Westküste schnelles Internet gibt. Genau wie eine gute Verkehrsanbindung mit Schiene und Straße ist schnelles Internet heute ein wichtiger Standortfaktor für Firmen bei der Entscheidung, wo sie sich niederlassen. Ob E-Mail-Server oder Onlineshop: Gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland bedeuten, überall in unserem Land gleiche Mindeststandards vorzufinden und überall die zunehmende Angebotsvielfalt der modernen Medien wahrnehmen zu können. Egal, ob man nun gerade in Hamburg, Berlin, Süderhöft oder Bergewörden ist. Schnelles Internet in jedem Dorf! Hierfür werde ich mich



## SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017

### RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE

weiterhin einsetzen.

- ⇒ Wie unter dem ersten Ziel bereits angesprochen: Gerade bei uns an der Westküste ist ein gut ausgebauten Straßennetz von hoher Wichtigkeit. Der zügige Ausbau der B5 und der Weiterbau der A20 sind überfällig!
- ⇒ Auch mein drittes Ziel widmet sich der Infrastruktur an unserer Westküste: Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Sylt. Dass CSU-Verkehrsminister Dobrindt mit einer schnöden Kostenbegründung diesem Projekt den Stecker glaubt gezogen zu haben, ist auf lange Sicht nicht hinnehmbar! Umweltfreundliche (und schnellere) Stromtrassen statt Dieselloks werden auch weiterhin mein Ziel sein.



**Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB**

**Seit 2013 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 6 Plön – Neumünster – Amt Boostedt-Rickling**

#### **Drei Erfolge:**

- ⇒ Als Koordinatorin der SPD-Bundestagsfraktion für Schleswig-Holstein habe ich den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) bis zur Verabschiedung kritisch begleitet und mich für Schleswig-Holstein und die weitere Stärkung des Verkehrsträgers Schiene eingesetzt. **Dabei habe ich erreicht**, dass weitere Schienenprojekte in Schleswig-Holstein in den Ausbaugesetzen zum Bundesverkehrswegeplan be-

rücksichtigt worden sind.

- ⇒ An den beiden Koalitionsanträgen zu den Nationalen Maritimen Konferenzen 2015 und 2017 habe ich mitgearbeitet. **Dabei habe ich erreicht**, dass die See- und Binnenhäfen auch zukünftig die wirtschaftlichen und logistischen Herausforderungen meistern können und die Konkurrenzfähigkeit der „Deutschen Flagge“ im internationalen Vergleich verbessert wurde. Vor dem Hintergrund der Zukunftsthemen Digitalisierung und Automatisierung habe ich die Weichen dafür gestellt, dass Ausbildung und Beschäftigung in der maritimen Wirtschaft gesichert bleiben.
- ⇒ Als Vorsitzende der SPD-Küstengang (seit 2015) habe ich den norddeutschen Bundesländern in regelmäßigen Sitzungen im Bundestag bei maritimen Themen eine deutliche Stimme verliehen. **Außerdem habe ich erreicht**, dass wir die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung fortgeschrieben haben, damit der Verkehrssektor seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leistet. Mein Einsatz galt dabei vor allem der Förderung von emissionsarmen Flüssigerdgas (LNG) als Antriebstechnologie der Zukunft.

#### **Drei Ziele:**

- ⇒ **Ich werde mich dafür einsetzen**, dass der Bund direkt in eine gute Ganztagsbetreuung und Ausstattung von Kitas und Schulen investieren kann. Alle Kinder sollen die gleichen Bildungschancen bekommen und Familien finanziell entlastet werden. Dazu gehört, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen einzuführen und die Kitagebühren schrittweise abzuschaffen.
- ⇒ **Ich werde mich dafür einsetzen**, dass Eltern die nötige Flexibilität für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekommen. Das Elterngeld-Plus ist ein echter Meilenstein, um das Arbeits- und Familienleben besser unter einen Hut zu bekommen. Mit dem neuen Familiengeld wollen wir einen Schritt weiter gehen. Es sieht vor, dass



## SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017

### RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE

Eltern, die beide ihre Arbeitszeit reduzieren, für bis zu zwei Jahre jeweils 150 Euro vom Staat erhalten.

- ⇒ **Ich werde mich dafür einsetzen**, dass Familien bei der Pflege von Angehörigen unterstützt und finanziell abgesichert werden. Pflege geht uns alle an und wir haben auch schon viel erreicht. Wir wollen die Familienarbeitszeit für Pflege einführen, die es Familienmitgliedern ermöglicht, sich der Pflege ihrer Angehörigen zu widmen, ohne sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen zu müssen. Dazu führen wir das Familiengeld für Pflege ein, das bis zu zwei Jahre lang ausgezahlt werden kann und 150 Euro monatlich beträgt.

**ela Schwesig Vieles erreicht:** das Elterngeld Plus, neue Bundesprogramme zur Stärkung der Qualität in der Kinderbetreuung, die Weiterentwicklung und -finanzierung der Mehrgenerationenhäuser, die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags, die Einführung der Frauenquote und einiges mehr.

Unsere Familienpolitik der vergangenen drei Jahre kann sich sehen lassen. Aber man darf sich nichts vormachen. Das alles haben wir nicht wegen sondern trotz der Großen Koalition geschafft.

**Meine Ziele für die nächste Wahlperiode sind vielfältig, aber drei Punkte sind mir besonders wichtig:**

- ⇒ Starke Kinder und starke Familien. Das bedeutet, Familien und Kinder durch mehr Zeit, besseren Zugang zu Betreuung und Bildung und höherer finanzieller Entlastung zu fördern.
- ⇒ Gerechter Lohn für gute Arbeit. Arbeit muss sich lohnen. Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit und starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- ⇒ Gute und ortsnahe medizinische Versorgung für alle. Dafür braucht es gerecht verteilte Kosten und mehr qualifiziertes Pflegepersonal.



**Sönke Rix MdB**

**Seit 2005 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 4 Rendsburg – Eckernförde**

Meine politischen Schwerpunkte in Berlin liegen in den Bereichen Familien- und Jugendpolitik, im Kampf gegen Rechtsextremismus und in der Minderheitenpolitik. Ich bin familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Bundestages und des Landes Schleswig-Holstein sowie stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss.

**In „meinem“ Fachbereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir mit unserer Ministerin Manu-**





## SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017

### RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE



**Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB**

**Seit 1998 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 7 Pinneberg**

#### **Drei Erfolge:**

- ⇒ Wir haben das unnötige Kooperationsverbot im Grundgesetz aufgebrochen. Für die Hochschulen und die Schulen gibt der Bund jetzt deutlich mehr Geld. Es ist ein gutes Gefühl, Milliarden Euro für mehr Chancengleichheit und gute Bildung in Deutschland mit bewegt zu haben.
- ⇒ Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium und zum Meister ist das große Ziel, das die SPD Schritt für Schritt erreichen will. Beim Meister-BAföG habe ich mit dafür gesorgt, dass die Meister, Techniker und Fachwirte deutlich besser gefördert werden. Im Parlament haben wir sogar noch gegen die Regierung 1000 Euro mehr Förderung für jeden Einzelnen in der Fortbildung durchgekämpft, als die Ministerin wollte. Das freut vor allen Dingen das Handwerk. Und das freut mich auch.
- ⇒ Den Wahlkreis und das Land nie vergessen: Gerade auch bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung, beispielsweise mit dem Milliarden-Projekt XFEL-Röntgenlaser in Schenefeld. Dort werden mit 27 000 Lichtblitzen in der Sekunde zum Beispiel Atome in Bewegung gefilmt. Sie ist die größte und modernste Forschungsanlage der Welt in diesem Bereich und jetzt in meinem

Wahlkreis Pinneberg betriebsbereit. Ein großartiges HH-SH-Gemeinschaftsprojekt. Und auch die Meeresforschung auf Helgoland, meiner Wahlkreisinsel, kommt voran: Mit zehn Millionen vom Bund für ein neues Besucherzentrum zur Meeresforschung. Da hat sich die Arbeit gelohnt.

#### **Drei Ziele:**

- ⇒ **Weiterbildung für alle.** Nicht nur als Bundesvorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes weiß ich: Weiterbildung tut Not. Weiterbildung bringt jeden einzelnen Menschen voran. Weiterbildung kann Spaß und Freude machen. Deshalb brauchen wir die Arbeitsversicherung für die berufliche Weiterbildung, die Stärkung der allgemeinen Weiterbildung für das lebenslange Lernen bis ins Seniorenalter und die ergänzende Weiterbildung als zweite und dritte Chance, bei Analphabeten, fehlenden Ausbildungen, Integration von Migranten. Hier ist noch viel zu tun.
- ⇒ **Wir brauchen eine Nationale Allianz für Meeresforschung.** Die Meere sind für die Menschen, die Umwelt und das Klima überlebenswichtig: Mit der Überfischung und der Verschmutzung muss Schluss sein. Meeresforschung ist eine globale Aufgabe. Schleswig-Holstein und der Norden leisten hier hervorragende Beiträge. Die Kräfte können und müssen hier noch mehr gebündelt und gestärkt werden. Deshalb setze ich mich für eine „Nationale Allianz für Meeresforschung“ ein.
- ⇒ **Bildung für Europa.** Der „Pulse of Europe“ hat ein Zeichen gesetzt: Ohne Jugend und Bildung gibt es für Europa keine Zukunft. Deshalb:
  - Auslandsmonat für jeden europäischen Schüler in einer Familie eines anderen europäischen Landes!
  - Europalehrer an alle Schulen!
  - Das Erfolgsprogramm „Erasmus“ zum Studentenaustausch verdoppeln!
  - Die europäische Bildungsidee engagiert vertreten
  - Damit Europa mehr ist als Euro, Frontex, Eurokorps und Freizügigkeit.



## SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017

### RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE



**Dr. Nina Scheer MdB**

**Seit 2013 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd**

#### **Drei Erfolge:**

- ⇒ Als Mitglied der siebenköpfigen SPD-Koalitionsarbeitsgruppe Energie konnte ich den Erhalt des prinzipiellen Vorrangs **Erneuerbarer Energien** durchsetzen.
- ⇒ **Fracking-Verbot:** Nach zähen Verhandlungen, die über ein gutes Jahr aufgrund der Verweigerungshaltung der Union als gescheitert galten, gelang im Sommer 2016 letztlich eine Einigung nach Maßgabe einer gesetzlichen Länderöffnungs- bzw. Länder-Exit-Option. Eben für diese Maßnahme hatte ich mich früh eingesetzt.
- ⇒ Als eine der ersten Stimmen in der Fraktion kritisierte ich Ausrichtung und Verfahrensweise der verhandelten **Freihandelsabkommen TTIP und CETA**. In engem Austausch mit dem Umweltforum S-H und anderen Verfechterinnen und Verfechtern von „Fairhandel statt Freihandel“ wirkte ich mit Kolleginnen und Kollegen auf „rote Linien“ bzw. Bedingungen hin, wie sie letztlich auch Einzug in die Konventbeschlüsse der SPD fanden.

#### **Drei Ziele:**

- ⇒ Nur auf Grundlage eines zu beschleunigenden Umstiegs auf Erneuerbare Energien unter Ablö-

sung von sowohl Atom- als auch fossilen Energien können wir die Bezahlbarkeit von und einen gerechten Zugang zu Energie garantieren. Die Energiewende ist eine Frage von Umweltgerechtigkeit und somit ein sozialdemokratisches Projekt – auch mit Blick auf den für die Braunkohleregionen bevorstehenden bzw. fortzuführenden Strukturwandel. Je später die Energiewende weltweit erreicht wird, desto größer wird das Risiko von Kriegen um Energieressourcen. Deutschland sollte im eigenen und europäischen Interesse (wieder) zu den Vorreitern der Energiewende zählen. Der in Deutschland eingeführte Ausbau-Deckel für Erneuerbarer Energien verfehlt diese Zielrichtung und muss korrigiert werden.

- ⇒ In Bezug auf die EU-Außenhandels- und Investitionspolitik möchte ich (weiterhin) für eine Neuausrichtung von Handelsabkommen eintreten – für „Fairhandel statt Freihandel“. Handel und Investitionen müssen mit unserer Verfassung und Demokratie konform sein und nicht umgekehrt. Hierfür bedarf es einer Stärkung parlamentarischer Gestaltung und einer Ausrichtung von Handelsbeziehungen entlang unserer auch sozialökologisch definierbaren Werte, nicht zuletzt in Gestalt der UN-Nachhaltigkeitsziele. Denn es kann nicht sein, dass Staaten mit verfassungslegitimierter Rechtssetzung aufgrund vertraglich eingeräumter Investitionsschutzregeln schadensersatzpflichtig werden.
- ⇒ Als weiteres Ziel – zusammengefasst: Allround-Einsatz, wo es nach mehr Gerechtigkeit ruft!





## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **RÜCKBLICK UND AUSBLICK: ERFOLGE DER 18. WAHLPERIODE UND ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE**



**Dr. Karin Thissen MdB**

**Seit 2015 im Bundestag, kandidiert für den Wahlkreis 3 Steinburg – Dithmarschen Süd**

**In „nur“ zwei Jahren im Bundestag habe ich zwei wichtige Erfolge erzielt:**

- ⇒ Die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes ist systemrelevant! Die Gesundheit von Mensch und Tier ist eine Säule der Gesellschaft. Sollten Antibiotika durch unachtsamen Einsatz nicht mehr wirken, tritt das „post-antibiotische Zeitalter“ ein. Das wäre für die Medizin vergleichbar mit dem Abschalten des Stromnetzes für die Wirtschaft – weltweit. Und beides träfe die Gesellschaft im Kern. Daher habe ich 2015 begonnen, ein Forderungspapier, einen Antrag des Bundestages, auszuarbeiten. Konkret habe ich für die SPD-Fraktion Forderungen an die Regierung gestellt, um Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung zu verringern und zu überwachen. Mit dem Antrag ist ein wichtiger Schritt gemacht, dem in den nächsten vier Jahren weitere folgen müssen.
- ⇒ Das Infrastrukturprojekt an der Westküste ist ein zweites Güterbahngleis für den Industriepark Brunsbüttel. Unser landesweit größtes Industriegebiet braucht bessere Infrastruktur. Nachdem die Bundesregierung dies zunächst nicht berücksichtigen wollte, habe ich mit Nachdruck erkämpft, dass dies erneut geprüft wird. Das Projekt bleibt somit auf der Agenda! Dabei ist mir eins wichtig: Nur gemeinsam sind wir stark! Um in Berlin die Interessen unseres Landes durchzu-

setzen, habe ich gemeinsam mit Genossen und Genossinnen im Schulterschluss mit den Akteuren vor Ort viel erreicht.

**In den kommenden vier Jahren habe ich vier politische Ziele. Kurz und klar sind diese:**

- ⇒ Gute Arbeit in der (Land-)Wirtschaft: Prekäre Arbeitsbedingungen müssen bekämpft werden, wo immer sie auftreten, ob an Schlachthöfen oder in anderen Branchen!
- ⇒ Die Infrastruktur der Westküste muss gefördert werden: Verbesserung des Schienennetzes, Weiterbau der A20 samt Elbquerung, Ausbau der B5!
- ⇒ Gerechte, gleiche Lebensstandards auf dem Land, wie in den Städten: Strukturförderung des ländlichen Raums und Breitbandausbau!
- ⇒ Verbesserung unseres Gesundheitssystems: Gesicherte Versorgung auf dem Land, Bürgerversicherung und Antibiotika-Reduktion!





**SCHWERPUNKTTHEMA:  
BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

**AUSBLICK: ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE  
DER DREI NEUEN BUNDESTAGSKANDIDATEN**



**Mathias Stein**

**Kandidiert für den Wahlkreis 5 Kiel (mit den Gemeinden Altenholz und Kronshagen)**

**Drei Ziele:**

- ⇒ Modernisierung von Straßen-, Schienen- und Wasserwegen besonders in Schleswig-Holstein: Sanierung und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, Lückenschluss bei der A21 und A20 sowie bessere Schienenanbindung Kiel-Hamburg.
- ⇒ Mehr bezahlbaren guten Wohnraum für alle Menschen: Mehr öffentlich-geförderter Wohnraum, wirksamere Mietpreisbremse, Fortsetzung und Intensivierung des Programms „Soziale Stadt“.
- ⇒ Mehr „GUTE ARBEIT“: Bezahlung nach Tarifvertrag, Recht auf Nicht-Erreichbarkeit, mehr Mitbestimmung, mehr Chancen auf beruflichen Aufstieg und keine Privatisierungen im öffentlichen Dienst.

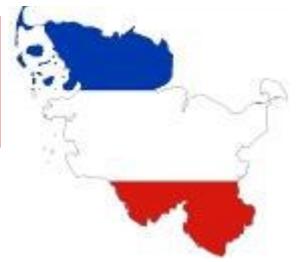


**Clemens Teschendorf**

**Kandidiert für den Wahlkreis 1 Flensburg – Schleswig**

**Drei Ziele, für die ich mich einsetzen möchte:**

- ⇒ Stärkung des Ehrenamtes, denn unsere Gesellschaft lebt vom Engagement. In unseren Kommunen arbeiten viele Menschen freiwillig in Politik, Feuerwehr, Vereinen und anderswo. Dieses Engagement ist unbezahlbar. Wir müssen für gute Rahmenbedingungen sorgen, damit das Ehrenamt auch attraktiv bleibt, den Ehrenamtlichen mehr Anerkennung im Alltag entgegenbringen und öfter auch mal zuhören, wo denn der Schuh drückt.
- ⇒ Stärkung der Kommunen, denn hier wird Demokratie gelebt. In den Kommunen werden die Weichen für das Zusammenleben und für das Lebensumfeld der Menschen gestellt. Dabei haben sie oft nur wenig Handlungsspielräume. Bei zentralen Aufgaben dürfen wir die Kommunen nicht allein lassen, sondern müssen dafür sorgen, dass der Erhalt der Infrastruktur, die Anbindung an schnelles Internet oder auch die Integration von geflüchteten Menschen gut gelingt.
- ⇒ Stärkung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, denn hier zeigt sich, wie ein lebendiges Europa funktioniert. Grenzregionen dürfen nicht entlegene Randgebiete sein, sondern müssen sich



## **SCHWERPUNKTTHEMA: BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

### **AUSBLICK: ZIELE FÜR DIE 19. WAHLPERIODE DER DREI NEUEN BUNDESTAGSKANDIDATEN**

gemeinsam entwickeln dürfen. Dafür braucht es die passende Infrastruktur, gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen und Respekt vor der Kultur des jeweils anderen.



*Alexander Wagner*

**Kandidiert für den Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Mitte**

#### **Drei Ziele:**

#### **Grundlose Befristung von Arbeitsverträgen verbieten: Damit junge Menschen Sicherheit haben**

⇒ Die Menschen in unserem Land erarbeiten unseren Wohlstand. Respekt davor zu haben bedeutet, ihnen Sicherheit zu geben. Wer sich von einem Vertrag zum nächsten hangelt, kann keine eigene Zukunft planen. Deshalb will ich, dass sachgrundlose Befristungen verboten werden.

#### **Für stabile Renten sorgen: Damit man auch im Alter gut und sicher leben kann**

⇒ Im Alter soll man wie gewohnt leben können. Dafür muss das Rentenniveau stabil bleiben. Gleichzeitig sollen die Beiträge nicht immer weiter steigen. Unsere Antwort ist die doppelte Haltelinie. Damit sichern wir ein Rentenniveau von 48 Prozent und sorgen gleichzeitig dafür, dass die Beiträge 22 Prozent nicht überschreiten.

#### **Zwei-Klassen-Medizin abschaffen. Damit alle eine gleich gute Versorgung erhalten**

⇒ Ich will Schluss damit machen, dass Menschen

schlechter behandelt werden, weil sie gesetzlich versichert sind. Das geht mit der Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Alle bekommen dadurch die gleiche gute Krankenversorgung. Außerdem profitieren die Beschäftigten durch die Abschaffung der einseitigen Zusatzbeiträge und werden so um fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet.



Die schleswig-holsteinischen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten der SPD brennen für einen spannenden Wahlkampf mit Martin Schulz als starker Kanzlerkandidat! Informieren Sie sich vor Ort an Infoständen, bei Haustürbesuchen oder schreiben Sie ihrem Wahlkreis-kandidaten bzw. ihrer -kandidatin! Nutzen Sie die Möglichkeiten, sich über das Wahlprogramm der SPD und die persönlichen Forderungen der Kandidatinnen und Kandidaten schlau zu machen!

**Am 24. September ist Wahltag und wir setzen auf Ihre Stimme! Gehen Sie wählen! Beide Stimmen für die SPD!**





**GESCHENKÜBERGABE DER LANDESGRUPPE AN FRANZ THÖNNES  
ZUM ABSCHIED AUS DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG**



**Impressum**

**Herausgeber und V.i.S.d.P.:**

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Redaktion & Layout:**

Sandra Lechelt M.A.  
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion  
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318

E-Mail: [sh-lg.spd@bundestag.de](mailto:sh-lg.spd@bundestag.de)

Im Internet: <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/>

**Korrektur:** Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

**Quellenangaben der Abbildungen:**

Benno Kraehahn (S. 3, 8, 14)  
Birgit Malecha-Nissen (S. 9 rechts)  
Gabriele Hiller-Ohm (S. 4)  
Hermann J. Müller (S. 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25)  
Jan Gemkow (S. 9 links)  
Landesgruppenbüro (S. 1)  
Olaf Bathke, Kiel (S. 13)  
Sönke Allers (S. 9 Logo der Küstengang)  
Susie Knoll (S. 6, 7, 10, 11)  
© Frank Ossenbrink Media (S. 15, 26 alle)